

Amts- und Anzeigebatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließlich
des „Illustrir. Unterhaltungsbld.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
bläser“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Geleg. Adresse: Amtsblatt.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinstädtige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

N 24.

Sonntag, den 30. Januar

1910.

Japan.

Im japanischen Parlament hat dieser Tage der Minister des Neuen sich in einer längeren Rede über die Situation auf dem Gebiete der äußeren Politik Japans in längeren Ausführungen ergangen, die zum Teil von weiter gehendem Interesse sind. Es ist ja klar, daß bei derartigen offiziellen Ausführungen gern Schönfärberei getrieben wird und manche Darstellung den Tatsachen nicht so genau entspricht, weil man nicht gut die Wahrheit sagen kann, teils aus politischen, teils aus taktischen Gründen. So ist es auch begreiflich, wenn der japanische Minister des Neuen in seiner Rede erklärte, daß eine Festigung der Freundschaft zwischen Russland und Japan zu konstatieren sei. Man weiß zur Genüge, welche Ziele Japan auf dem asiatischen Festlande verfolgt und diese Phrase muß daher, bei Nähe beobachtet, einen etwas komischen Eindruck machen. Tatsache ist doch, daß Japan auf dem besten Wege ist, Korea noch enger anzuziehen und zu dem zweitgrößtausende von Truppen dorthin gebracht hat. Diese große Truppen-Konzentration ist aber nicht für Korea allein berechnet, denn hierfür würde weit weniger reichen, man verfolgt dabei noch ganz andere Zwecke und diese sind gerade nicht in letzter Linie gegen Russland gerichtet. Japan geht zweifellos darauf aus, auch in der Mandchurie seinen Einfluß sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiete zu erweitern, und hierauf sind alle japanischen Anstrengungen gerichtet. Aus diesem Grunde ist es auch geschehen, daß Japan den Vorschlag Amerikas hinsichtlich der Neutralisierung der mandschurischen Bahn energisch abgelehnt hat und der Minister ist auch so offen, in seinerrede als Grund hierfür rund heraus zu erklären, daß dies geschehen sei, weil dieser Vorschlag nicht bloß den Verträgen widerspräche, sondern auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Interessen Japans in der Mandchurie gefährden würde. Bei der Ablehnung dieses weitgehenden Projektes dürfte aber auch noch ein anderes Moment in Frage gekommen sein: Der alte Haß gegen die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Es ist in aller Erinnerung, wie man nicht weit von einem folgenschweren amerikanisch-japanischen Kriege entfernt war, daß Amerika sogar seine Flotte bereits mobil gemacht hatte, welche dann die große Fahrt zu Übungszwecken antrat, vielleicht aber auch aus dem Grunde, weil man doch eine erhöhte Zuspiitung der Dinge befürchtete. Für dieses Amerika den Schleppenträger zu bilden, dafür dünkt man sich in Japan zu gut, denn man sagte, daß diese „Neutralisierung“ doch wohl nicht in letzter Linie aus dem Grunde vorgeschlagen worden ist, um den Einfluß Amerikas in Gestalt der Beteiligung beträchtlichen amerikanischen Kapitals in erhöhtem Maße zu stärken. Die Japaner sind von je misstrauische Leute gewesen, und es ist nicht so leicht möglich, sie hereinzulegen. Das hat England zu seinem Leidwesen sehen müssen, wo man sicherlich gehofft hatte, von dem Bündnis mit Japan reiche Früchte zu ernten, während das Resultat das ist, daß heute England von diesem Bündnis, welches Japan zu stellen gekommen ist, mehr als genug hat. Bei diesem japanischen Misstrauen gegen alles Fremde, wird man auch keine allzu großen Hoffnungen auf die Öffnung des Hafens Port Arthur für den Welthandel setzen dürfen. Denn Japan wird es schon trefflich verstehen, die Sache so zu handhaben, daß man bei aller Freiheit des Handels selber nicht zu kurz weglommt. Es liegt in der Natur der Sache, daß Japan bei dem bisher in seiner Außenpolitik erreichten nicht stehen bleiben, sondern suchen wird, seinen Einfluß in Ostasien zu einem dominierenden zu gestalten. Die Japaner überstürzen nichts, man wird langsam, aber sicher vorgehen, bis man, wie beim russischen Kriege, den Moment für den günstigsten erachtet. Daß es dann zu folgenschweren Konflikten mit vielleicht nicht bloß einer Macht kommen wird, liegt auf der Hand, und von keiner anderen Seite als von Japan droht Gefahr für den Weltfrieden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg wird von verschiedenen Blättern als Beweis ganz besonderen persönlichen Vertrauens des Kaisers aufgefaßt und angesichts der immer wieder auftauchenden Gerüchte von einer Kanzlerkrise für po-

litisch bedeutsam erklärt. Die Meinung geht dahin, daß diese Aussage zutreffen müsse, weil der Kanzler bisher weder auf eine lange Amtszeit noch auf einen hervorragenden politischen Erfolg hinzuweisen hat, worin man den Anlaß zur Dekotierung erblicken könnte.

— Die guten Beziehungen der auswärtigen Mächte zum deutschen Reiche sind eigentlich des Geburtstages unsers Kaisers wieder recht deutlich in die Erscheinung getreten, und es hat sich dabei auch wieder gezeigt, einen wie großen persönlichen Anteil unser Kaiser an der Herbeführung und Erhaltung dieser guten Beziehungen hat. Der Zar äußerte sich in dem Geburtstagstoaß auf Kaiser Wilhelm in diesem Sinne. Präsident Taft hob in seinem Glückwunsch gleichzeitig die gute Gesinnung des amerikanischen Volkes für Deutschland hervor. Der Rotterdamer Bürgermeister betonte, daß Rotterdams Zukunft auf dem deutschen Rhein liege und daher mit Deutschlands Wohlfahrt stehe und falle. Alle diese einzelnen Kundgebungen vereinigen sich doch zu einer Manifestation von hoher politischer Bedeutung, auf die wir stolz sein können.

— Ein Zwischenfall bei der Kaiser-Geburtstagfeier. Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich bei der von der Bürgerschaft von Karlsruhe veranstalteten Vorfeier zu Kaisers Geburtstag, an der die Spiken der Regierung, sowie die Zivil- und Militärbüroden teilnahmen. Der zweite Redner, der den Toast auf den Großherzog auszubringen hatte, Kammersekretär Greif, Vorsitzender des jungliberalen Vereins von Karlsruhe, kam in seiner Rede auch auf das Verhältnis der Bundesstaaten unter sich zu sprechen und nahm dabei Gelegenheit, ziemlich scharfe Angriffe gegen Preußen wegen des Verhaltens in der Schiffsabgabefrage zu richten. Der gleichfalls anwesende preußische Gesandte am badischen Hofe, von Eisenhardt, sprach darauf dem neben ihm sitzenden Oberbürgermeister von Karlsruhe sein Bedauern aus, daß diese Angriffe gefallen seien, und betonte, daß er sich gezwungen sehe, eine Feier, bei der derartige Angriffe aus den von ihm vertretenen Bundesstaat Preußen erhoben werden, zu verlassen. Tatsächlich erhob sich der Gesandte auch sofort, nachdem der Redner seine Aussführungen beendet hatte, und verließ ostentativ den Saal.

— Der Rücktritt des Gouverneurs von Schuckmann wird in einigen Blättern als feststehende Tatsache behandelt. Wie die „Information“ erfährt, eilt diese Meldung den Tatsachen meistenteils stark voraus. Herr von Schuckmann wird allerdings in den nächsten Wochen auf Urlaub in Deutschland eintreffen, da sein schwankender Gesundheitszustand, der ihn bekanntlich schon einmal zu einem vorzeitigen Urlaub genötigt hatte, auch zurzeit leider nicht der beste ist. Die Frage, ob der Gouverneur in das Schuhgebiet zurückkehren wird, hängt lediglich von späteren ärztlichen Entscheidungen ab. Tatsache ist jedenfalls, daß man den leitenden Stellen der Kolonialverwaltung ein etwaiges Ausscheiden des verdienten Gouverneurs außerordentlich bedauern würde.

— Ein neues Lüderibücher Telegramm. Nachdem die absäßige Kritik an dem ersten Lüderibücher Telegramm in Südwästria bekannt geworden ist, haben die Lüderibücher Bürger in einem zweiten Telegramm die verlebende Form ihres Vorgehens korrigiert. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ lautet die neue Depesche: „Wir ersuchen aus telegraphischen Nachrichten, daß die Form unserer Telegramme in Budgetkommision und Presse Anstoß erregt hat. Wir bedauern, wenn wir in der Form geschahen haben und bitten, über die Form nicht Inhalt zu vergessen. Wir werden alle öffentlichen Kundgebungen und Angriffe in der Presse vermeiden und nach Eingang der Deutschen vom Staatssekretär vorgelegten Denkschrift, die anscheinend dem Sinn unserer Telegramme vom 1. Dezember nicht gerecht wird und zahlreiche Unrichtigkeiten enthält, schriftlich unsere Petition eingehend begründen und belegen. Wir haben das Vertrauen, daß der Reichstag und die Presse auch uns Gehör geben und sachliche Darlegungen auch sachlich prüfen werden. Kreplin, Bürgermeister.“

— Deutsch-französischer Kinder austausch. Der seltsame Plan ist Wirklichkeit geworden: In Berlin wurde zwischen Vertretern des preußischen und des französischen Kultusministeriums die Grün-

dung eines Komitees für internationalen Austausch von Kindern und jungen Leuten beschlossen.

Der militärische Wert Helgolands wird durch die Abbrüderungen an der von den Meeresswogen arg mitgenommenen Südwestseite nicht beeinträchtigt, so düster die Zukunft des Inselns auch von manchen Federn geschildert werden mag. Es hieß sogar, durch die gewaltigen Erdbeben, die das Feuer der modernen Küsten-Geschütze im Ernstfalle hervorruften würde, müßte das Versinken der Insel in rascher Weise beschleunigt werden! Die Ansicht ist nain. Die Bedeutung der Insel ist zu suchen in ihrer Beziehung zum Seeminnewesen, das heute eine solche Ausdehnung erfahren hat, daß eine enge Blockade der Elbmündung als ausgeschlossen gelten muß. Ferner ist der Hafen Helgolands als Stützpunkt der Kriegsflotte von hoher Bedeutung, u. auf die Befestigung der Hafenanlagen beziehen sich ja auch die Ausgaben, die im neuen preußischen Etat für Helgoland gefordert werden.

— Unsere Unterseeboote. Aus Marinekreisen wird geschrieben: Unsere Marineleitung wird hier und da der Vorwurf gemacht, sie wende der Entwicklung des Unterseebootwesens zu geringe Aufmerksamkeit zu. Das trifft nicht zu. Im Gegenteil, es werden gerade für diesen Zweig der Marine, nachdem sich das Unterseeboot als eine brauchbare, wenn auch nicht entscheidende, sondern nur gelegentlich zu verwendende Kriegswaffe erwiesen hat, schnell steigende Mittel gefordert und eingestellt. Etat 1908 enthielt 7 Millionen Mark für Unterseeboote, im Etat 1909 waren es 10 Millionen, die verwendet werden konnten; Etat 1910 wird 15 Millionen aufweisen. Im Laufe von zwei Jahren sind also die Mittel mehr als verdoppelt worden und man muß bedenken, daß mit dem Bau der Boote es nicht allein getan ist. Es gehört auch Personal dazu, und solches in genügender Stärke auszubilden erfordert Zeit. Im letzten Herbst hat zum ersten Mal eine Unterseeboot-Division manövriert. Acht Boote sind fertig, oder werden es demnächst werden, weitere kommen bald dazu, sodass die Anfänge zu einer Unterseebootsschule schon vorhanden sind und ihr weiterer Ausbau in wachsendem Maß betrieben wird. Nähere Angaben über die Boote werden nicht bekannt gegeben. Die neuesten Unterseeboote Englands, die fertig schwimmen, oder bald fertig werden, sind 135 Fuß lang, verdrängen 321 Tonnen Wasser und haben Gasolinmaschinen von 600 Pferdestärken. Es ist das die „C“ Klasse, bis „C 30“ reichend. Von der neuen „D“ Klasse, von welcher das erste Boot ausgerüstet wird, fehlen sichere Angaben.

Oesterreich-Ungarn.

Der Sprachenstreit in Oesterreich hat seit Jahrzehnten die Erscheinung zutage treten lassen, daß das patriotische und dynastische Empfinden der Tschechen vor dem rücksichtslosen Erstreben nationaler Ziele völlig zurücktritt, ja überhaupt ausgeschaltet wird. Für diese Tatsache liefert einen neuen Beweis eine Rede des tschechischen Abgeordneten Lisy, voll von Angriffen gegen den Kaiser Franz Joseph, die wörtlich schließen: „Wir wurden uns, daß der am Rande des Grabs stehende Greis so viel Gewissen gehabt hat, um so harte Gesetze (Die deutschen Schuhgesetze. D. Rd.) zu unterschreiben. Wie ist es möglich, vor uns heute Liebe und Achtung zum Throne zu verlangen, wenn er die Staatsgrundgesetze verletzt? Wie ist es möglich, vom tschechischen Kind zu verlangen, daß es mit Begeisterung „Gott erhalte“ singe, wenn sein Vater und seine Mutter in den tschechischen Minoritäten zugrunde gerichtet werden? Ich bin überzeugt, daß nach dieser Leistung gegen uns gerichteten Tat aus jeder tschechischen Stube, dort, wo es noch vorhanden war, das Bild desjenigen verschwinden wird, der diese enteignenden, antisemitischen Gesetze unterschrieben hat, weil beim Anblick dieses Bildes sich Worte des Fluches auf die Lippen drängen“. In seinem bürgerlichen Berufe ist der Abgeordnete Lisy — Lehrer, ein „Erzieher“ der tschechischen Jugend!

— Der böhmische Landtag wird für den 3. Februar einberufen.

— Budapest, 28. Januar. Im Abgeordnetenhaus, wo heute die Debatte über die Vorstellung des neuen Kabinetts fortgesetzt wurde, verzögerten die meisten der noch vorgemerkt Redner — 19 an der Zahl — auf das Wort, sodass es zur allgemeinen Überraschung schon heute zur Abstimmung über den Misstrauensantrag Justiz und den Antrag Rossuths auf Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank kam. Beide An-